

POLEN UNTER DEUTSCHER UND SOWJETISCHER  
BESATZUNG 1939–1945

EINZELVERÖFFENTLICHUNGEN DES  
DEUTSCHEN HISTORISCHEN INSTITUTS WARSCHAU

20

Herausgegeben von  
EDUARD MÜHLE

Polen unter deutscher und  
sowjetischer Besatzung  
1939–1945

Herausgegeben von  
Jacek Andrzej Młynarczyk

fibre

*Titelabbildung:*

*Lemberg, September 1939:  
Ein polnischer Soldat vor einem  
deutschen und einem sowjetischen Offizier*

*Quelle: Bundesarchiv, RH 53-18/153*

© fibre Verlag, Osnabrück 2009

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-938400-50-0

[www.fibre-verlag.de](http://www.fibre-verlag.de)

Redaktion des Bandes: Kerstin Eschrich  
Umschlaggestaltung: Ingo Schneider, [www.isio-design.de](http://www.isio-design.de)  
Herstellung: Druckerei Hubert & Co, Göttingen

Printed in Germany 2009

# INHALT

Vorwort . . . . .	9
RAHMENBEDINGUNGEN DER BESATZUNG	
<i>Marek Kornat</i> Der Weg zum Ribbentrop-Molotov-Pakt . . . . .	17
<i>Czesław Madajczyk</i> Allgemeine Richtlinien der deutschen Besatzungspolitik in Polen . . . . .	37
<i>Albin Głowacki</i> Generelle Richtlinien der sowjetischen Besatzungspolitik in Polen . . . . .	53
DIE WIRTSCHAFTLICHE AUSBEUTUNG	
<i>Tadeusz Janicki</i> Die deutsche Wirtschaftspolitik in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945 . . . . .	79
<i>Sonja Schwaneberg</i> Die wirtschaftliche Ausbeutung des Generalgouvernements durch das Deutsche Reich 1939–1945 . . . . .	103
<i>Marek Wierzbicki</i> Sowjetische Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten Polens 1939–1941 . . . . .	131
<i>Dieter Pohl</i> Deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941–1944 . . .	157

## FACETTEN DER GEWALT

*Piotr Majewski*

Nationalsozialistische Unterdrückungsmaßnahmen im  
 Generalgouvernement während der Besetzung . . . . . 173

*Maria Rutowska*

Nationalsozialistische Verfolgungsmaßnahmen gegenüber  
 der polnischen Zivilbevölkerung in den eingegliederten  
 polnischen Gebieten . . . . . 197

*Aleksandr Gur'ianov*

Die sowjetische Repressionspolitik in den besetzten  
 polnischen Ostgebieten 1939–1941 . . . . . 217

*David Silberklang*

Am seidenen Faden. Überlegungen zum Schicksal  
 der Juden im besetzten Polen 1939–1945 . . . . . 233

## DIE BEVÖLKERUNGSPOLITIK

*Frank M. Grelka*

Zur Transformation des polnischen Nationalstaates in einen  
 kolonialen Rassenstaat. Die Nationalitätenpolitik der  
 deutschen Besatzungsbehörden in Ostpolen 1941–1944 . . . . . 253

*Ingo Haar*

Bevölkerungspolitik im Generalgouvernement.  
 Nationalitäten-, Juden- und Siedlungspolitik im  
 Spannungsfeld regionaler und zentraler Initiativen . . . . . 281

*Martin Dean*

Die sowjetische und die deutsche Besatzung  
 in Ostpolen aus jüdischer Sicht . . . . . 307

## REAKTIONEN DER UNTERDRÜCKTEN BEVÖLKERUNG

*Ryszard Kaczmarek*

Die Kollaboration in den eingegliederten Ostgebieten  
 1939–1945 . . . . . 319

<i>Jacek Andrzej Młynarczyk</i>	
Zwischen Kooperation und Verrat. Zum Problem der Kollaboration im Generalgouvernement 1939–1945 . . . . .	345
<i>Grzegorz Motyka</i>	
Die Kollaboration in den Ostgebieten der Zweiten Polnischen Republik 1941–1944 . . . . .	385
<i>Grzegorz Mazur</i>	
Der Widerstand im Generalgouvernement 1939–1945 . . . . .	405
<i>Aleksandra Pietrowicz</i>	
Die Widerstandsbewegung in den eingegliederten polnischen Gebieten 1939–1945 . . . . .	427
<i>Rafał Wnuk</i>	
Die polnische Untergrundbewegung unter sowjetischer Besatzung 1939–1941 . . . . .	453
REAKTIONEN DES AUSLANDS	
<i>Antony Polonsky</i>	
Die westlichen Alliierten und die „polnische Frage“ 1939–1947 . . . . .	479
ANHANG	
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	525
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	529
Personenregister . . . . .	533
Ortsnamenregister . . . . .	539



## VORWORT

Polen hatte als einer von wenigen Staaten während des Zweiten Weltkriegs unter der Besatzung von zwei totalitären Regimen zu leiden. Infolge des geheimen Zusatzprotokolls zum Ribbentrop-Molotov-Pakt vom 23. August 1939 wurde es am 1. September 1939 zuerst aus westlicher Richtung vom Dritten Reich überfallen, um dann am 17. September aus dem Osten durch die Sowjetunion besetzt zu werden. In den folgenden beiden Jahren bedienten sich die miteinander verbündeten Besatzer ähnlicher Mittel, um Teile des polnischen Territoriums in ihr Staatsgebiet einzuverleiben und den Widerstand der polnischen Bevölkerung zu brechen. Während die Nationalsozialisten von Anfang an mit Hilfe der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD und des „Volksdeutschen Selbstschutzes“ damit begannen, Angehörige der polnischen Intelligenz zu verhaften und zu ermorden, wurden sie von den sowjetischen Machthabern kurzerhand zu „konterrevolutionären Elementen“ erklärt, aus ihren bisherigen Posten entfernt, verfolgt und nach Osten deportiert. Fast zeitgleich zu der im Generalgouvernement (GG) durchgeführten „Außerordentlichen Befriedungsaktion“, der insgesamt bis zu 8.000 Personen zum Opfer fielen, ermordete das NKVD fast 22.000 polnische Offiziere aus den Kriegsgefangenenlagern in Ostashkov, Starobielsk und Katyn.

Die übrige polnische Bevölkerung wurde schikaniert, weitgehend entrechtet und wirtschaftlich ausgebeutet. Polen wurde zudem dreigeteilt. Die Nationalsozialisten annektierten den westlichen Teil und unterzogen ihn einer weitgehenden „Germanisierungs“-Politik. Aus dem übrigen Teil bildeten sie das so genannte „Generalgouvernement für die besetzten polnischen Gebiete“, das ursprünglich als „Abladeplatz“ für ungewollte Bevölkerungsgruppen aus den westlichen Landesteilen fungieren sollte und erst mit der Zeit auch ins Visier der „Germanisierungs“-Konzepte der NS-Planer rückte. Währenddessen wurden die gesamten östlichen Gebiete Polens mittels gefälschter Wahlen, NKVD-Terrors und einer geschickten Instrumentalisierung ethnischer Konflikte den bereits bestehenden Sowjetrepubliken Weißrussland und Ukraine angeschlossen. Beide Besatzer beuteten Polen wirtschaftlich aus und setzten die Bevölkerung einer flächendeckenden Pauperisierung aus, die eine weitgehende soziale Umschichtung zur Folge hatte.

Mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 geriet das ganze Gebiet des polnischen Staates unter nationalsozialistische Herrschaft. Im Schatten der Kämpfe im Osten begannen die Nationalsozialisten mit der systematischen Ermordung der jüdischen Bevölkerung. Auf polnischem Boden richteten sie Vernichtungslager in Auschwitz-Birkenau, Kulmhof, Treblinka, Belzec, Sobibor und Majdanek ein und überzogen das ganze Land mit Tod, unermesslichem Leid und Elend.

Aufgrund des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion wechselte Russland über Nacht die Seiten und wurde zu einem Alliierten des Westens. Wegen der außerordentlichen militärischen Anstrengungen im Kampf an der Ostfront und des enormen Blutzolls, den die Sowjets im Kampf mit dem NS-Regime zahlen mussten, geriet das Schicksal Polens in den Hintergrund. Die Tatsache, dass der neue Verbündete des Westens einer der alten Aggressoren blieb, der mitverantwortlich für den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gewesen war und nach wie vor entgegen internationalem Recht nahezu die Hälfte Polens besetzt hielt, wurde geflissentlich übersehen. Für die westlichen Alliierten wurden die unnachgiebigen Forderungen Polens nach Wiederherstellung seiner territorialen Integrität mehr und mehr zum Problem. Die Entdeckung der NKVD-Morde an polnischen Offizieren in den Wäldern von Katyn im Jahr 1943 und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der UdSSR und der polnischen Regierung im Exil verkomplizierten die politische Lage noch zusätzlich. In dieser Situation erwies sich jedoch die militärische Anstrengung der Sowjetunion an der Ostfront für die Westmächte als entscheidend. Polen wurde zum wiederholten Mal nach dem „Sitzkrieg“ im Westen („*drôle de guerre*“) im Jahr 1939 von seinen westlichen Verbündeten verraten: In Jalta wurden Anfang 1945 die polnischen Interessen der Allianz der Großmächte mit der UdSSR geopfert. In der Folge konnte die Sowjetunion ungehindert alle 1939 annektierten ostpolnischen Gebiete behalten, Polen durch den Anschluss der östlichen Provinzen des Deutschen Reichs im Rahmen einer „Entschädigung“ für die Verluste im Osten dauerhaft in politische Abhängigkeit bringen und schließlich auch den Umsturz des bestehenden politischen Systems durch eine kommunistische Marionettenregierung erzwingen.

Die Beiträge des vorliegenden Bandes befassen sich mit Polen unter deutscher und sowjetischer Besatzung während des Zweiten Weltkriegs. Sie gehen auf eine internationale Konferenz aus dem Jahr 2005 zurück, die vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem polnischen Institut des Nationalen Gedenkens in Posen veranstaltet wurde. Die polnische Fassung der Konferenzbeiträge erscheint zeitgleich in den kommenden Bänden der Zeitschrift des Instituts des Nationalen Gedenkens *Pamięć i Sprawiedliwość*.

Der vorliegende Band gliedert sich in sechs Abschnitte. Im ersten Teil werden die Rahmenbedingungen der Besetzung skizziert. Marek Kornat (Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau) untersucht in seinem Beitrag die internationalen Rahmenbedingungen, die zum Ribbentrop-Molotov-Pakt führten. Er beschreibt die Hoffnungen der NS-Führung in Bezug auf Polen, das noch 1939 in Hitlers Kriegsstrategie als erwünschter Verbündeter im Kampf gegen die Sowjetunion eine wichtige Rolle spielte, sowie die allmähliche deutsch-sowjetische Annäherung, die zu dem verhängnisvollen politischen Schulterchluss und in der Folge zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs führte. Czesław Madajczyk (Warschau) und Albin Głowacki (Universität Lodz) beschreiben die generellen Richtlinien der Besatzungspolitik der beiden Aggressoren in den militärisch besetzten Landesteilen und deren praktische Umsetzung im Anschluss an die Eroberung des Landes.

Der zweite Teil ist den Methoden der wirtschaftlichen Ausbeutung im besetzten Polen gewidmet. Tadeusz Janicki (Universität Posen) rekonstruiert in seinem Beitrag die wirtschaftlichen Maßnahmen des Dritten Reiches in den eingegliederten polnischen Gebieten. Er zeigt die Widersprüche auf, die auftraten, als die NS-Entscheidungsträger versuchten, zeitgleich ihre langfristigen rassenpolitischen Ziele mit der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes zu verbinden. Die mangelnde Rationalität dieser Konzeptionen und die dilettantische Umsetzung der geplanten Maßnahmen verursachten im Endeffekt eine vollständige Ausplünderung des dort vorhandenen Wirtschaftspotentials und einen erheblichen zivilisatorischen Rückschritt der betroffenen Regionen. Zu ähnlichen Befunden kommt auch Sonja Schwaneberg (Berlin), die auf einer breiten Grundlage polnischen und deutschen Quellenmaterials die Ausbeutungsmaßnahmen der Nationalsozialisten im GG untersucht. Auch hier war die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik widersprüchlich. Vor allem die restriktive Bevölkerungspolitik, die in erster Linie die jüdische Bevölkerung aus dem Wirtschaftsleben ausschloss und die in einem Völkermord gipfelte, sowie die massenhafte Rekrutierung der übrigen ethnischen Gruppen – vor allem Polen und Ukrainer – für den Zwangsarbeitseinsatz im Reich schwächten maßgeblich das Wirtschaftspotenzial des Landes. Sehr nachteilig wirkten sich auch die überhöhten wirtschaftlichen Lieferungen an das Reich aus, die die unterworfenen Bevölkerung leisten musste. Alle diese Faktoren zusammengenommen machten es unmöglich, im GG eine rationale Wirtschaftspolitik zu verfolgen. Marek Wierzbicki (Institut des Nationalen Gedenkens, Außenstelle Radom) zeigt in seinem Beitrag über die sowjetische Wirtschaftspolitik in den besetzten polnischen Gebieten 1939 bis 1941, wie die ideologisch motivierten Maßnahmen der kommunistischen Staatsmacht die gesamten Eigentumsstrukturen in den polnischen Ostgebieten dauerhaft zer-

störten und zur massiven Ausbeutung des Landes führten und welche weitgehende soziale Umschichtung sie zur Folge hatten. Dieter Pohl (Institut für Zeitgeschichte, München) weist in seinem Beitrag über die deutsche Wirtschaftspolitik im besetzten Ostpolen 1941 bis 1944 auf die Unterschiede bezüglich der Besatzungsmaßnahmen im GG (Ostgalizien) und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine hin, die in der – relativen – Besserstellung des ukrainischen Galiziens durch das Besatzungsregime zum Ausdruck kamen: Während die nationalsozialistischen Entscheidungsträger die galizische Landwirtschaft ausbeuteten, Zwangsarbeiter massiv rekrutierten und Ölfelder abschöpften, überzogen sie gleichzeitig die übrigen Gebiete mit Gewaltmaßnahmen und hungerten weite Teile der Bevölkerung des Landes aus.

Der dritte Teil des Bandes hat die unterschiedlichen Facetten der Gewalt zum Thema. Im ersten Beitrag betrachtet Piotr Majewski (Museum Warschauer Königsschloss) die NS-Unterdrückungsmaßnahmen im GG. Der Autor rekonstruiert die rechtlichen Grundlagen für die Unterdrückung der unterworfenen Bevölkerung, schildert die brutalen Maßnahmen gegenüber der polnischen Intelligenz, Massenexekutionen und Vergeltungsaktionen, die im Lauf der Besatzung immer mehr zunahmten. Die Gewalt gipfelte in der Vernichtung der jüdischen Bevölkerung. Den zweiten Höhepunkt der nationalsozialistischen Entrechtungspolitik im GG stellte die vollständige Zerstörung Warschaus nach dem Aufstand von 1944 dar. Im Anschluss daran schildert Maria Rutowska (Westinstitut Posen) das gewalttätige Vorgehen des NS-Regimes in den eingegliederten Gebieten. Sie beschreibt die Massenmorde im Rahmen der „Intelligenzaktion“ in den ersten Wochen des Krieges, die „Euthanasie“-Aktion sowie den Ausbau des Systems der Konzentrationslager. Genauso wie im GG wurden auch in den eingegliederten Gebieten die NS-Gewaltmaßnahmen durch den Holocaust dominiert. Aleksandr Gur'ianov (Wissenschaftliches Informations- und Aufklärungszentrum „Memorial“, Moskau) unternimmt in seinem Beitrag über die sowjetische Repressionspolitik in den besetzten polnischen Ostgebieten den Versuch einer Quantifizierung der Opfer der sowjetischen Verfolgungen anhand von neuesten Erkenntnissen. Die Einzigartigkeit der jüdischen Erfahrungen im besetzten Polen wird von David Silberklang (Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem, Jerusalem) thematisiert.

Der vierte Teil des Bandes ist dem komplexen Thema der Bevölkerungspolitik im besetzten Polen gewidmet. Im ersten Beitrag stellt Frank Grelka (Berlin) dar, wie die östlichen Gebiete des polnischen Nationalstaats unter der NS-Besatzung in einen kolonialen Rassenstaat transformiert wurden. Dabei schildert er ausführlich die Unterschiede bei der Behandlung der verschiedenen ethnischen Gruppen im GG (Distrikt Galizien) und in den Reichskommissariaten Ostland und Ukraine. Ingo Haar vom Zentrum für

Antisemitismusforschung (Technische Universität Berlin) untersucht in seinem Beitrag über die Bevölkerungspolitik im GG die einzelnen Gewaltmaßnahmen, die sich gegen unterschiedliche ethnische Gruppen auf diesem Terrain richteten. Er beschreibt Initiativen von Odilo Globocnik, dem SS- und Polizeiführer des Distrikts Lublin, der eine Vorreiterrolle in der Entwicklung und Umsetzung der bevölkerungspolitischen Maßnahmen im Osten spielte, und fragt nach der aktiven Rolle von Generalgouverneur Hans Frank bei den anlaufenden Siedlungs- und Vernichtungsmaßnahmen. Martin Dean (United States Holocaust Memorial Museum) erläutert anschließend die Unmöglichkeit eines direkten Vergleichs des jeweiligen jüdischen Schicksals unter den beiden totalitären Regimen, die 1939 Polen besetzten. Er zeigt auf, wie die sowjetische Desintegrationspolitik die jüdischen Gemeinden zersetzte und die Gesellschaft atomisierte. Gleichzeitig diagnostiziert er eine weitgehende Stärkung der jüdischen Identität unter dem Druck der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen, die keine Ausnahmen kannten und niemanden verschonten.

Der fünfte Teil des Bandes beschäftigt sich mit den Reaktionen der unterworfenen Bevölkerung, die von Kollaboration bis zum aktiven Widerstand reichten. Ryszard Kaczmarek (Universität Kattowitz) untersucht das Phänomen der Kollaboration in einer vergleichenden Perspektive aller ins Dritte Reich eingegliederten Gebiete. Er stellt auch den Umgang der Nachkriegsgesellschaften mit ehemaligen Kollaborateuren dar und versucht das Phänomen zu quantifizieren. Jacek Andrzej Młynarczyk (Deutsches Historisches Institut Warschau) beschreibt die Kollaboration im GG. Er schildert die Versuche verbotener Zusammenarbeit mit den Besatzern aufgrund politischer Übereinstimmung, militärische und paramilitärische Kollaboration und die Kollaboration innerhalb öffentlicher Institutionen, in der Zivilverwaltung, in Presse und Kultur sowie in Form individueller Zuträgerschaft. Er geht auch auf die Formen des gesellschaftlichen Umgangs mit den Kollaborateuren ein und stellt die Entstehung der Untergrundjustiz dar. Grzegorz Motyka (Humanistische Hochschule Pułtusk) setzt sich mit dem Phänomen von Kollaboration in den östlichen Gebieten der Zweiten Polnischen Republik unter deutscher Besatzung auseinander. Er untersucht die Verhaltensweisen der einzelnen dort ansässigen ethnischen Gruppen angesichts der nationalsozialistischen Okkupation und der mit der Zeit immer realer werdenden sowjetischen Bedrohung. Drei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der polnischen Widerstandsbewegung. Grzegorz Mazur (Jagiellonen-Universität Krakau) untersucht die Etappen bei der Herausbildung des polnischen Untergrundstaates im GG. Er charakterisiert einzelne Abteilungen, deren Struktur und Tätigkeit, sowohl im militärischen als auch im zivilen Bereich. Er geht auch auf die kommunistischen und rechtsnationalen Widerstandsgruppen ein, die unabhängig von der pol-

nischen Regierung im Exil agierten. Aleksandra Pietrowicz (Institut des Nationalen Gedenkens, Außenstelle Posen) beschreibt die Strukturen verschiedener Widerstandsorganisationen in den eingegliederten Gebieten und deren vielseitige Aktivitäten im Untergrund. Rafał Wnuk (Katholische Universität Lublin) stellt die Etappen bei der Entstehung der Untergrundorganisationen unter der sowjetischen Besatzung im besetzten Ostpolen dar sowie deren allmähliche Zerschlagung und Unterwanderung durch den NKVD.

Im letzten Teil des Bandes untersucht Antony Polonsky (Brandeis University) die Politik der westlichen Alliierten gegenüber dem besetzten Polen während und unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Er analysiert die Gründe, die für die Durchsetzung von Stalins Zielen in Jalta ausschlaggebend waren, und die spätere Entwicklung, die zur Kommunisierung und Westverschiebung Polens führte.

Die Beiträge von Marek Kornat, Czesław Madajczyk, Albin Głowacki, Tadeusz Janicki, Marek Wierzbicki, Piotr Majewski, Maria Rutowska, Ryszard Kaczmarek, Grzegorz Motyka, Aleksandra Pietrowicz und Rafał Wnuk wurden von Jan Obermeier und Monika Krala aus dem Polnischen übersetzt. Die englischsprachigen Aufsätze von David Silberklang, Martin Dean und Antony Polonsky wurden von Ann Lipphardt und Klaus-Dieter Schmidt übertragen. Die sprachliche Redaktion aller Beiträge nahm Kerstin Eschrich vor.

Warschau, Februar 2009

Jacek Andrzej Młynarczyk

# RAHMENBEDINGUNGEN DER BESATZUNG



MAREK KORNAŃ

## DER WEG ZUM RIBBENTROP-MOLOTOV-PAKT

Die Genese der Zusammenarbeit zwischen dem Dritten Reich und der Sowjetunion im Jahr 1939 ist ein Thema, das bereits öfters von Historikern aufgegriffen wurde und trotzdem noch immer kompliziert und umstritten ist. Zweifelsohne war die Annäherung der beiden Staaten ein mehrstufiger Prozess. Die Zusammenarbeit, die noch im Winter 1938/39 undenkbar schien, erwuchs als eine diplomatische Konfiguration aus den Trümmern des Münchner Abkommens. Die erste Etappe begann mit der Ablehnung der deutschen Forderungen durch die polnische Regierung und den britischen Garantieerklärungen an Polen im März 1939. Die zweite Phase umfasste den Zeitraum zwischen Mai und Juli 1939, also die gleichzeitig stattfindenden Bemühungen der westlichen Regierungen und der deutschen Diplomatie um die Gunst der UdSSR. Die dritte und letzte Stufe vollzog sich im September 1939, als Adolf Hitler persönlich die Initiative übernahm und die entscheidenden Gespräche über die strategischen Interessen des Dritten Reichs und der UdSSR herbeiführte.

Die Fachliteratur über den Weg zur Zusammenarbeit zwischen dem faschistischen Deutschland und der Sowjetunion ist sehr reichhaltig und lässt sich schwer kurz zusammenfassen. Vor allem sind dabei die Arbeiten von Gerhardt Weinberg<sup>1</sup> und Donald Cameron Watt<sup>2</sup> zu erwähnen. Bemerkenswert sind zudem die Untersuchungen von Sidney Aster<sup>3</sup> und John Lukacs,<sup>4</sup> besonders aber die Arbeiten der deutschen Historiker, die sich mit den damaligen diplomatischen Beziehungen beschäftigen: Andreas Hill-

---

<sup>1</sup> GERHARDT L. WEINBERG, *Germany and the Soviet Union 1939–1941*, Leiden 1954; ders., *The Foreign Policy of Hitler's Germany: Starting World War II, 1937–1939*, Chicago 1980; DERS., *German Diplomacy toward the Soviet Union*, in: *Soviet Union/Union Soviétique*, Bd. 18, 1991, S. 317–333.

<sup>2</sup> DONALD CAMERON WATT, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War 1938–1939*, London 1989.

<sup>3</sup> SIDNEY ASTER, 1939. *The Making of the Second World War*, London 1973.

<sup>4</sup> JOHN LUKACS, *The Last European War. September 1939/December 1941*, New York, London 1976.

gruber,<sup>5</sup> Hermann Graml,<sup>6</sup> Rudolf W. Weber,<sup>7</sup> Rolf Ahmann<sup>8</sup> oder Klaus Hildebrand.<sup>9</sup> Viele bekannte Historiker haben außerdem die deutsch-sowjetischen Beziehungen im Jahr 1939 untersucht, zu nennen wären Wissenschaftler wie Philip Fabry,<sup>10</sup> der bereits angeführte Andreas Hillgruber,<sup>11</sup> dann Sven Allard,<sup>12</sup> Ingeborg Fleischhauer,<sup>13</sup> Geoffrey Roberts,<sup>14</sup> James MacSherry,<sup>15</sup> Anthony Read und David Fisher.<sup>16</sup> Die Rolle Polens in den Konzeptionen Hitlers reflektierten verstärkt polnische Historiker, vor allem Jerzy W. Borejsza,<sup>17</sup> Karol Jonca,<sup>18</sup> Antoni Czubiński,<sup>19</sup> Czesław Madaj-

<sup>5</sup> Vgl. ANDREAS HILLGRUBER, *Hitlers Strategie und Kriegführung 1940–1941*, Frankfurt/M. 1968; DERS., *Der zweite Weltkrieg. Kriegsziele und Strategie der großen Mächte*, Köln 1989.

<sup>6</sup> HERMANN GRAML, *Sommer 1939. Die Großmächte und der Europäische Krieg*, München 1979; DERS., *Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939*, München 1990.

<sup>7</sup> RUDOLF W. WEBER, *Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin Paktes 1939*, Frankfurt/M. 1980.

<sup>8</sup> ROLF AHMANN, *Nichtangriffspakte. Entwicklung und operative Nutzung in Europa 1922–1939*, Baden-Baden 1988, S. 618–641.

<sup>9</sup> KLAUS HILDEBRAND, *Das vergangene Reich, Außenpolitik Deutschlands 1871–1945*, Köln 1995; DERS., *The Foreign Policy of the Third Reich*, Berkeley 1973; DERS., *Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942*, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur deutschen Außenpolitik des Dritten Reichs*, hg. v. MANFRED FUNKE, Düsseldorf 1978.

<sup>10</sup> PHILIP FABRY, *Der Hitler-Stalin-Pakt 1939–1941. Ein Beitrag zur Methode Sowjetischer Außenpolitik*, Darmstadt 1962.

<sup>11</sup> ANDREAS HILLGRUBER, *Der Hitler-Stalin-Pakt und die Entfesselung des zweiten Weltkrieges. Situationsanalyse und Machtkalkül der beiden Pakt-Partner*, in: *Historische Zeitschrift*, Bd. 230, 1980, S. 339–361.

<sup>12</sup> SVEN ALLARD, *Stalin und Hitler. Die sowjetrussische Außenpolitik 1930–1941*, Bern, München 1974.

<sup>13</sup> INGEBORG FLEISCHHAUER, *Der Pakt. Hitler, Stalin und die Initiative der deutschen Diplomatie 1938–1939*, Berlin 1990.

<sup>14</sup> GEOFFREY ROBERTS, *The Soviet Union and the Origins of the Second World War: Russo-German Relations and the Road to War, 1933–1941*, London 1995.

<sup>15</sup> JAMES MCSHERRY, *Stalin, Hitler and Europe 1933–1939: The Origins of World War II*, Cleveland 1968.

<sup>16</sup> ANTHONY READ/ DAVID FISHER, *The Deadly Embrace: Hitler, Stalin and the Nazi-Soviet Pact, 1939–1941*, London 1988.

<sup>17</sup> JERZY W. BOREJSZA, *Antyslawizm Adolfa Hitlera*, Warszawa 1988.

<sup>18</sup> KAROL JONCA, *Die polnische Nation in politischen Doktrinen Hitlers*, in: *Mentekel. Das Gesicht des zweiten Weltkrieges. Nürnberger Gespräch zum 50. Jahrestag der Entfesselung des zweiten Weltkrieges*, hg. v. PETER SCHÖNLEIN/ JÖRG WOLLENBERG/ JERZY WYROZUMSKI, Kraków, Nürnberg 1991, S. 169–254; JERZY WYROZUMSKI, *Naród polski w koncepcjach okupanta hitlerowskiego (1939–1945)*, in: *Studia z dziejów myśli politycznej w*

czyk<sup>20</sup> und Kazimierz Radziwończyk,<sup>21</sup> zuletzt aber Stanisław Żerko.<sup>22</sup> Auf deutscher Seite forschten zu dem Thema Wissenschaftler wie Martin Broszat,<sup>23</sup> Georg Wollstein<sup>24</sup> und Hans-Erich Volkmann.<sup>25</sup>

Am 26. Januar 1934 wurde in Berlin der deutsch-polnische Nichtangriffspakt unterschrieben. Für Polen erschien diese Vereinbarung mit Deutschland in jeder Hinsicht günstig. Sie gehörte scheinbar zu den größten Leistungen polnischer Diplomatie seit dem Versailler Vertrag, dem Abschluss eines Bündnisses mit Frankreich im Februar 1921 und dem Rigaer Friedensvertrag mit der Sowjetunion vom März 1921. Der Nichtangriffspakt stärkte die Sicherheit Polens und festigte den Status quo, obwohl der Vertrag die Grenzfragen außen vor ließ. Für Hitler hingegen stellten die derart geregelten Beziehungen zu Polen lediglich einen Ausgangspunkt zur Verwirklichung größerer Pläne dar. Alles deutet darauf hin, dass sich die neue deutsche Führung mit Hitler an der Spitze aus taktischen Gründen auf diese Vereinbarung einließ, vor allem um Polen zu neutralisieren. Denn von allen Staaten Mitteleuropas empfand Polen am stärksten eine Bedrohung seitens des Deutschen Reiches und schien deshalb an einem „Präventivkrieg“ gegen Deutschland interessiert. Während sich der Anführer der Nationalsozialisten mit den deutschen Grenzen von „Versailles“ nicht abfinden konnte, hegte er zunächst keinen besonderen Hass gegenüber dem polnischen Staat oder den Polen.<sup>26</sup>

---

Niemczech XIX i XX wieku, hg. v. HENRYK OLSZEWSKI, Poznań 1992, S. 267-282.

<sup>19</sup> ANTONI CZUBIŃSKI, Miejsce Polski w hitlerowskich planach ułożenia nowego porządku w Europie w latach 1934-1940, in: Niemcy w polityce międzynarodowej 1919-1939, Bd. 4: Na przełomie pokoju i wojny 1939-1941, hg. v. STANISŁAW SIERPPOWSKI, Poznań 1992, S. 51-76.

<sup>20</sup> CZESŁAW MADAJCYK, Przywódcy hitlerowscy wobec sprawy polskiej w pierwszym roku okupacji, in: DERS., Generalna Gubernia w planach hitlerowskich. Studia, Warszawa 1961, S. 762.

<sup>21</sup> KAZIMIERZ RADZIWOŃCZYK, Plany polityczne Trzeciej Rzeszy wobec Polski i ich realizacja w okresie od 1 września do 25 października 1939 r., in: Najnowsze Dzieje Polski, Nr. 12, 1968, S. 538.

<sup>22</sup> STANISŁAW ŻERKO, Stosunki polsko-niemieckie 1938-1939, Poznań 1998.

<sup>23</sup> MARTIN BROSZAT, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961.

<sup>24</sup> GEORG WOLLSTEIN, Die Politik des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber Polen 1933-1939/45, in: Hitler, Deutschland und die Mächte, hg. v. MANFRED FUNKE, Düsseldorf 1977; GEORG WOLLSTEIN, Hitlers gescheitertes Projekt einer Juniorpartnerschaft Polens, in: Universitas, Nr. 5, 1983.

<sup>25</sup> HANS-ERICH VOLKMANN, Polen im politisch-wirtschaftlichen Kalkül des Dritten Reiches 1933-1939, in: Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz, hg. v. WOLFGANG MICHALKA, München, Zürich 1990, S. 74-92.

<sup>26</sup> Vgl. BROSZAT, Polenpolitik, S. 10. Das Verhältnis des Führers zum Dritten Reich hat BOREJSZA, Antyslawizm, S. 46 ff., bereits analysiert.

In den Jahren 1934 bis 1938, unter dem Eindruck guter Ergebnisse bei der Regulierung der deutsch-polnischen Beziehungen, verstärkte sich Hitlers Überzeugung, dass Polen ein nützlicher Partner für eine zukünftige Zusammenarbeit sein könnte. Die geographische Lage der Republik Polen prädestinierte das Land für die Rolle eines „Vorpostens“ im Osten im Falle eines Krieges in Europa: Polen hätte das Deutsche Reich, während es in einen militärischen Konflikt im Westen verwickelt wäre, vor einem potentiellen Angriff der Sowjetunion abschirmen können. Hitler konnte nicht verstehen, warum Polen, das im Jahr 1920 den Versuch unternommen hatte, das sowjetische Russland zu schwächen, nun (um die Jahreswende 1938/39) nicht zu einer antisowjetischen Politik zurückkehren wollte, vor allem, da Deutschland den Polen zu diesem Zeitpunkt dafür Unterstützung anbot.<sup>27</sup> Er begriff das „Wesen“ der polnischen „Politik des Gleichgewichts“ nicht. Aus der Perspektive Hitlers musste Polen, um die für Deutschland nötige Rolle des antisowjetischen „Vorpostens“ spielen zu können, die Politik des „Lavierens“ zwischen Deutschland und Russland aufgeben und den Status eines untergeordneten Verbündeten akzeptieren. Polen sollte zum „Juniorpartner“ des Großen Reiches avancieren; innerhalb der Alliierten, die Berlin untergeordnet waren, hätte es vielleicht sogar eine privilegierte Position einnehmen können. Eine Vereinbarung mit Polen unter deutschen Bedingungen hätte dem Dritten Reich erlaubt, zuerst eine Offensive im Westen – gegen Frankreich – zu führen und nach dem Sieg einen Krieg gegen Russland zu beginnen, um dort neuen „Lebensraum“ zu gewinnen. Somit war der Platz, den Hitler in seinen Konzeptionen für Polen vorsah, präzise bestimmt. Die Sache war nur, dass die polnische Regierung diesen Platz nicht annehmen wollte. Nicht aus „Prestige-Gründen“, sondern im Interesse der Nation und des Staates. Hitler wollte Polen in einen gemeinsamen Kampf gegen Sowjetrußland hineinziehen, Polen hingegen strebte eine unabhängige Politik des „Gleichgewichts“ zwischen den beiden großen Nachbarn an. Denn nur ein solches Vorgehen schien günstig, um die politische Selbstständigkeit eines polnischen Staates in Europa gewährleisten zu können.<sup>28</sup>

Im Dezember 1938 notierte der polnische Vizeminister Jan Szembek in sein Tagebuch, die „Politik des Gleichgewichts“ werde zu einer Illusion

---

<sup>27</sup> Auf dem Höhepunkt der Sudetenkrise, am 9. September 1938, versicherte Hermann Göring, der im Namen des Kanzlers auftrat, dem polnischen Botschafter in Berlin, Józef Lipski, dass im Fall eines polnisch-sowjetischen Militärkonflikts „das Reich Polen Unterstützung bieten würde“; Polnisches Institut in London, Ministerstwo Spraw Zagranicznych, Sygn. A.11.49/N/7.

<sup>28</sup> PIOTR S. WANDYCZ, *Historyczne dylematy polskiej polityki zagranicznej*, in: DERS., *Z dziejów dyplomacji*, London 1988, S. 45-58; MICHAŁ J. ZACHARIAS, *Polska wobec zmian w układzie sił politycznych w Europie w latach 1932-1936*, Wrocław 1981.

und die Zukunft der fünf Jahre währenden Entspannungsphase in den Beziehungen zum Dritten Reich sei unsicher. „Die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts zwischen Russland und Deutschland ist enorm schwer. Das gesamte Verhältnis Deutschlands uns gegenüber beruht auf einer These, die in den höchsten Kreisen des Dritten Reiches vertreten wird und die besagt, dass im künftigen deutsch-russischen Konflikt Polen ein neutraler Verbündeter Deutschlands sein werde.“<sup>29</sup> Szembek hatte Recht, denn Polen stand vor dem Problem, die zukünftige Politik zu bestimmen. Zweifelsohne hatte Hitler vor, die polnische „Politik des Gleichgewichts“ nur vorläufig zu tolerieren. Die Januardeklaration von 1934 war somit nur ein Provisorium, das keine Chance hatte zu überdauern.

Im Herbst 1938 nahm Polen eine „Schlüsselposition“ in der deutschen Außenpolitik ein.<sup>30</sup> Von der Einstellung des Landes zu den deutschen Plänen war das weitere Vorgehen des Dritten Reichs auf der internationalen Bühne abhängig. Das Projekt der „Gesamtlösung“ der strittigen Fragen in den deutsch-polnischen Beziehungen stellte Außenminister Joachim von Ribbentrop am 24. Oktober 1938 dem polnischen Botschafter in Berlin Józef Lipski vor.<sup>31</sup> Die Vorschläge sahen vor, die Freistadt Danzig ins Deutsche Reich einzugliedern sowie eine exterritoriale Autobahn und eine Bahnstrecke vom Reich nach Ostpreußen über das polnische Gebiet (Danzig-Pommerellen) zu bauen. Weniger offiziell, jedoch sehr bestimmt, verlangte die deutsche Regierung den Beitritt Polens zu einem Pakt zur Bekämpfung der Kommunistischen Internationale, dem so genannten Antikomminternpakt. Im Gegenzug bot die deutsche Regierung ein Abkommen an, in dem für die kommenden 25 Jahre Freundschaft und Zusammenarbeit und die beiderseitige Anerkennung der Grenzen vereinbart werden sollten. Dem würde eine Konsultationsklausel hinzugefügt werden, also eine beidseitige Verpflichtung, das eigene Vorgehen auf der internationalen Bühne miteinander abzusprechen.<sup>32</sup> Die Annahme der deutschen Forderungen hätte Polen zu einem abhängigen Verbündeten des Dritten Reiches gemacht, darin sind sich die polnischen und deutschen Historiker einig. Diese Abhängigkeit wäre irreversibel gewesen. Die vom Dritten Reich vorge-

---

<sup>29</sup> Diariusz i teki Jana Szembeka (1935–1945), Bd. 4 (1938–1939), hg. v. JÓZEF ZARAŃSKI, London 1972, S. 380.

<sup>30</sup> RAINER F. SCHMIDT, Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939, Stuttgart 2002, S. 155 ff.

<sup>31</sup> Vgl. den Bericht des polnischen Botschafters Lipski über das Gespräch, gerichtet an Minister Józef Beck und dessen Anweisungen: *Les Relations polono-allemandes et polono-soviétiques au cours de la période 1933–1939. Recueil de documents officiels*, Paris 1940, Dok. 44, S. 71 f.; Dok. 45, S. 72 ff.

<sup>32</sup> *Diplomat in Berlin 1933–1939. Papers and Memoirs of Józef Lipski, Ambassador of Poland*, hg. v. WACLAW JEDRZEJEWICZ, New York, London 1968, Dok. 124, S. 453–458.

schlagene „Globallösung“, die der polnischen Führung zwischen Oktober 1938 und März 1939 mehrfach vorgelegt worden war, wurde im März 1939 definitiv abgelehnt, obwohl die polnische Regierung die Normalisierung der deutsch-polnischen Beziehungen, die aus den Vereinbarungen im Jahr 1934 resultierte, sehr schätzte.<sup>33</sup> Hitler gelang es nicht, den polnischen Staat in das deutsche Alliiertensystem im Osten einzugliedern.

Mit der Annahme der deutschen Forderungen hätte die polnische Regierung die vierte Teilung Polens im Jahr 1939 wahrscheinlich verhindern können. Vielleicht hätte Polen am Anfang sogar davon profitiert, da es die Zerstörungen und die vielen Opfer durch den deutschen Angriff nicht gegeben hätte.<sup>34</sup> Man darf sich jedoch nicht der Illusion hingeben, dass eine Zusammenarbeit mit dem Dritten Reich Polen auf lange Sicht irgendwelche größeren Vorteile verschafft hätte. Denn in den weiteren Etappen des Krieges wäre eine vollständige Unterordnung Polens unter Deutschland unvermeidlich gewesen. Umso mehr da – wie Martin Broszat richtigerweise anmerkt – die deutschen Forderungen, die an die polnische Führung gestellt wurden, eher einen Test darstellten, und deren Erfüllung nur ein Türöffner für weitere Forderungen in der Zukunft gewesen wäre.<sup>35</sup> Wie sich herausstellen sollte, war das Verhalten des nationalsozialistischen Deutschlands gegenüber seinen Alliierten während des Zweiten Weltkriegs vollkommen hegemonial und rücksichtslos.

Ende des Jahres 1938, unter Berücksichtigung der Passivität Frankreichs und nachdem er es nicht geschafft hatte, von den Briten freie Hand in Mittelosteuropa zu bekommen, entschied Hitler, dass die Offensive zuerst im Westen begonnen werden sollte. Dies beweist seine vielmals zitierte Aussage vom 22. August 1939.<sup>36</sup> Frankreich sollte als Großmacht europäischer Politik eliminiert werden. Der Führer des Dritten Reichs glaubte, Großbritannien ziehe sich unter diesen Umständen endgültig von einem aktiven Engagement auf dem europäischen Kontinent zurück, was einer deutsch-britischen Verständigung den Weg ebnen würde.

Unumstritten ist, dass die friedlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland in den Jahren 1934 bis 1938 eine grundsätzliche, obwohl

---

<sup>33</sup> Eine detailliert Analyse hierzu: ŻERKO, *Stosunki polsko-niemieckie* S. 249-278.

<sup>34</sup> Vgl. JERZY ŁOJEK, *Agresja 17 września 1939. Studium aspektów politycznych*, Warszawa 1990.

<sup>35</sup> BROSZAT, *Polenpolitik*, S. 10 f.

<sup>36</sup> Hitlers Reden und Proklamationen 1932–1945, hg. v. MAX DOMARUS, Bd. 2: *Untergang (1939–1945)*, München, Würzburg 1963, S. 12-38; KAROL JONCA, *Ze studiów nad koncepcją wojny Adolfa Hitlera (Nastroje i postawy w przededniu wojny 1939 r.)*, in: *Śląsk wobec wojny polsko-niemieckiej 1939 r.*, hg. v. WOJCIECH WRZESIŃSKI, Wrocław, Warszawa 1990.

wahrscheinlich brüchige und nicht ausreichende, Garantie des Status quo in Mittelosteuropa darstellten. Diese Beziehungen brachen endgültig im März 1939 zusammen. Dadurch wurde ein Krieg in Europa unausweichlich, obwohl viele zeitgenössische Politiker die Illusion hegten, der bedrohte Frieden könne durch die Befriedigung der territorialen Ansprüche Hitlers gerettet werden, wie es im Jahr 1938 mit dem Münchner Abkommen bereits einmal geschehen war.

Mit der militärischen Zerschlagung der Tschechoslowakei im März 1939 missachtete Hitler einseitig das Münchner Abkommen, darunter den deutsch-britischen Nichtangriffspakt vom 30. September 1938.<sup>37</sup> Die Appeasementpolitik, die die britische und die französische Regierung als alternativlos erachteten, brach damit zusammen. In ihrem Verständnis erfüllte das Münchner Abkommen alle Forderungen der Deutschen, wenn auch nur auf Raten und in Absprache mit den Westmächten. Der Bruch der gerade erst geschlossenen Vereinbarungen von München veränderte die Kräfteverhältnisse in Ost- und Mitteleuropa grundsätzlich. Bereits seit Dezember 1938 erreichten London Informationen über die deutschen Forderungen, die den polnischen Machthabern vorgelegt wurden. Im März 1939 wurde der Bruch zwischen dem Dritten Reich und Polen real. Um eine, wie es schien, unvermeidliche deutsche Besatzung Polens zu verhindern, entschied die britische Regierung, dem polnischen Staat eine Unabhängigkeitsgarantie zu erteilen.<sup>38</sup> Am 31. März gab der britische Premierminister Neville Chamberlain in dieser Angelegenheit eine öffentliche Erklärung im Unterhaus des britischen Parlaments ab, deren Inhalt mit der polnischen Regierung vorher abgesprochen worden war. Broszat geht davon aus, dass Hitler mit seiner einseitigen Politik der Stärke die Unabhängigkeitsgarantien für Polen „leichtgläubig provoziert“ habe.<sup>39</sup> Der britischen Regierung lag viel daran, dem Dritten Reich keine Kontrolle über Polen zu überlassen, da das Land offensichtlich den Schlüssel zur Herrschaft über ganz Osteuropa darstellte, Russland ausgenommen. Damit hätte Deutschland dann seine ganze militärische Stärke gegen die westlichen Mächte einsetzen können.

---

<sup>37</sup> Eine detaillierte Analyse dazu: DONALD CAMERON WATT, *How War Came. The Immediate Origins of the Second World War 1938—1939*, Bd. 2, London 2001, S. 162-187.

<sup>38</sup> Der britischen Regierung war lange Zeit nicht bekannt, wie entschlossen die polnische Führung war, die staatliche Unabhängigkeit zu verteidigen. Erst zwischen dem 4. und dem 6. April 1939, während des Besuches von Józef Beck in London, wurde den britischen Politikern die Einstellung der polnischen Machthaber deutlich bewusst, vgl. Protokoll der Gespräche von Beck, Neville Chamberlain und dem Außenminister Lord Halifax von 4. u. 5.4.1939: AAN, MSZ, Gabinet Ministra 108A.

<sup>39</sup> BROSZAT, *Polenpolitik*, S. 11.

Die einseitige Garantieerklärung von Premierminister Chamberlain wurde am 7. April in ein bilaterales Bündnisabkommen umgewandelt.<sup>40</sup> Dies ebnete Polen den Weg zur Erneuerung der Beziehungen zu Frankreich.<sup>41</sup> Schließlich unterschrieb die polnische Regierung am 25. August 1939 ein formelles Bündnisabkommen mit Großbritannien. Für die polnische Führung bedeutete dies eine Garantie auf reale militärische Hilfe von Seiten der Alliierten im Fall eines deutschen Überfalls. Die defensive Strategie der militärischen Stäbe in London und Paris führte jedoch dazu, dass, nachdem Polen die Verpflichtungen eines Bündnispartners übernommen hatte, das Land in der ersten Phase des Krieges lediglich politische Unterstützung von den Alliierten erhielt. Der militärische Wert der britischen Garantien war somit sehr gering, was den polnischen Verantwortlichen wohl bis zum Schluss nicht vollständig klar war. Es lag in der Absicht der britischen Regierung, was der polnischen Seite allerdings ebenfalls nicht ausreichend bewusst war, dass die Garantien gleichzeitig den Weg für eine polnisch-deutsche Verständigung über den Status der Freistadt Danzig frei machen und die Unabhängigkeit Polens bestätigen sollten.<sup>42</sup>

Letztlich gab es jedoch keine Chance für einen wie auch immer gefassten Kompromiss zwischen Polen und dem Dritten Reich, da Polen die deutschen Forderungen nicht erfüllen wollte und Hitler nicht vorhatte, diese Forderungen zurückzunehmen. Grundsätzlich war Hitler davon überzeugt, dass die Reichsdiplomatie einen Zweifrontenkrieg nicht zulassen dürfe, da ein solcher Krieg für Deutschland nicht zu gewinnen sei.<sup>43</sup> Das lehrten die Erfahrungen aus dem Ersten Weltkrieg. Daher sollte zuerst das „dekadente“ Frankreich besiegt und dann Sowjetrußland angegriffen werden.

---

<sup>40</sup> Dazu kam es während der Reise Becks nach London, an deren Ende am 7.4.1939 ein Resümee mit dem Titel „Konkluzje rozmów min. Becka w Londynie“ verfasst wurde, das eine provisorische Bündnisverständigung darstellte; vgl. *Diariusz i teki Jana Szembeka*, Bd. 4, S. 716 ff.

<sup>41</sup> KAZIMIERA MAZUROWA, *Europejska polityka Francji 1938–1939*, Warszawa 1974; HENRYK BATOWSKI, *Polska w polityce Francji w przededniu drugiej wojny światowej*, in: *Dzieje Najnowsze*, Nr. 4, 1991, S. 39-51; MAŁGORZATA GMURCZYK-WROŃSKA, *Polska – niepotrzebny aliant Francji?*, Warszawa 2003, S. 85.

<sup>42</sup> ANNA M. CIENCIALA, *Poland in British and French Policy in 1939: Determination to Fight or Avoid War?*, in: *The Origins of the Second World War*, hg. v. PATRICK FINNEY, London, New York, Sidney, Auckland 1997, S. 413-433.

<sup>43</sup> KLAUS HILDEBRAND, *Hitlers „Programm“ und seine Realisierung 1939–1942*, in: *Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur deutschen Außenpolitik des Dritten Reiches*, hg. v. MANFRED FUNKE, Düsseldorf 1978; Vgl. OTTO GRÖHLER, *Varianten deutscher Kriegspolitik*, in: *1939. An der Schwelle zum Weltkrieg. Die Entfesselung des Zweiten Weltkrieges und das internationale System*, hg. v. KLAUS HILDEBRAND/ JÜRGEN SCHMÄDEKE/ KLAUS ZERNACK, Berlin 1990, S. 21-42.

Zum übergeordneten Ziel, das Hitler sich stellte, gehörte die Durchführung der geplanten Eroberungen auf dem europäischen Kontinent, ohne sich mit den Briten in einen militärischen Konflikt zu begeben. Nachdem Großbritannien im Frühjahr 1939 die Garantieerklärung abgegeben hatte, wurde Hitler klar, dass er nicht mit Polen als Bündnispartner rechnen konnte und das Land auch nicht den notwendigen Schutz im Osten bieten würde, falls der Krieg im Westen beginnen sollte.<sup>44</sup> Weiterhin führte das polnische *non possumus* gegenüber den deutschen Forderungen dazu, dass die britische Regierung Polen konkrete Bündnisverpflichtungen zusprach, die scheinbar eine von London ausgehende antideutsche Koalition ankündigten. Nach Hitlers Überzeugung hatte die deutsche Diplomatie nun die Aufgabe, der britischen Einkreisungspolitik die Stirn zu bieten.

Das polnische „Nein“ durchkreuzte Hitlers Pläne. Unter diesen Umständen befand er es für notwendig, eine Korrektur seiner ursprünglichen Pläne vorzunehmen.<sup>45</sup> Er entschied, sein bisheriges Vorhaben, zuerst im Westen anzugreifen, zu verwerfen und in erster Linie Polen von der europäischen Landkarte zu streichen. Hitler fasste nun den „endgültigen und unwiderruflichen“ Entschluss, mit Polen abzurechnen.<sup>46</sup> Nachdem Joseph Goebbels die Nachricht vom polnisch-britischen Beistandspakt erhalten hatte, der das Ergebnis einer Reise des polnischen Außenministers Józef Beck nach London war, notierte er am 10. April 1939 in seinem Tagebuch:

„London und Warschau haben einen gegenseitigen Beistandspakt abgeschlossen. Beck ist also den Lords doch in die Falle gegangen. Polen wird das vielleicht einmal sehr teuer bezahlen müssen. So hat es bei der Tschechei auch angefangen. Und das Ende war dann die Aufteilung dieses Staates. Die Geschichte ist nicht dazu da, daß man daraus lernt. Das gilt nicht nur für Deutschland. Sondern gottlob in vermehrtem Umfang auch für seine Gegner.“<sup>47</sup>

---

<sup>44</sup> Bereits seit Februar 1939 erwog Hitler eine militärische Lösung für das polnische Problem, wenn es sich erweisen sollte, dass es politisch nicht zu lösen sei; vgl. Heeresadjutant bei Hitler 1938–1943. Aufzeichnungen des Major Engel, hg. v. HANS VON KOTZE, Stuttgart 1974, S. 45; BOREJSZA, Antyslawizm, S. 79; Notiz von Minister Ribbentrop über das Gespräch mit dem polnischen Botschafter in Berlin Józef Lipski, 21.3.1939, PAAA, Büro Staatssekretär, Polen, Bd. 1, Sygn. 29683, Bl. 24581.

<sup>45</sup> STANISŁAW ŻERKO, Wymarzone przymierze. Wielka Brytania w narodowo-socjalistycznych koncepcjach i w polityce III Rzeszy do 1939 r., Poznań 1995; RUDOLF W. WEBER, Die Entstehungsgeschichte des Hitler-Stalin-Paktes 1939, Frankfurt/M. 1980.

<sup>46</sup> Diese Aussage Hitlers vermerkte General Walther von Brauchitsch am 25. März 1939, wobei Hitler es damals noch in Erwägung zog, dass Polen die deutschen Forderungen annehmen könnte; vgl. Akten zur deutschen auswärtigen Politik, Serie D, Bd. 6, Baden-Baden 1956, Dok. 99, S. 98.

<sup>47</sup> Joseph Goebbels Tagebücher 1924–1945, hg. v. RALF GEORG REUTH, Bd. 3: 1935–1939, München 1984, S. 1317.